

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt zu geben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nichtöffentlichen **Sitzung des Gemeinderats am 13.10.2021** wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Die Stadt Schwetzingen verkauft ein Flurstück im Grenzhöfer Weg rechts sowie in der Grenzhöfer Straße.

In der nichtöffentlichen Sitzung des **Gemeinderats am 27.10.2021** wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Der Vergabe des ÖPNV-Linienbündels Schwetzingen-Hockenheim Lose 1 und 2 wird zugestimmt.

In der nichtöffentlichen Sitzung des **Werksausschusses vom 18.10.2021**, des **Technischen Ausschusses vom 27.10.2021** sowie des **Verwaltungsausschusses vom 20.10.2021** bzw. **10.11.2021** wurden Themen behandelt, die entweder Gegenstand der heutigen Sitzung oder nicht zur Bekanntgabe geeignet sind.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

Keine Anfragen.

TOP 3 Anschlussvorhaben zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Schwetzingen Vorlage: 2503/2021

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende führt aus, dass der Klimaschutz das große Thema sei, welches uns alle in den kommenden Jahren beschäftigen wird. Das Klimaschutzkonzept müsse dabei immer wieder auf den Prüfstand um zu sehen, wo man stehe und wo nachgebessert werden müsse. Von der heutigen Abstimmung gehe das Signal aus, dass uns das Thema schwerpunktmäßig beschäftigen wird – inhaltlich und auch finanziell.

Die Stellungnahmen von Stadträtin Fackel-Kretz-Keller (SFW), Dr. Hierschbiel (B'90/Die Grünen), Stadtrat Bürger (CDU) sowie Stadträtin Rebmann (SPD) sind in der Anlage beigefügt. Für Stadtrat Dr. Lorentz (FDP) ist der Klimawandel die wohl größte und drängendste Frage unserer Zeit.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt das weiterentwickelte Klimaschutzprogramm und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.
2. Das Klimaschutzprogramm bildet einen zeitlichen und finanziellen Rahmen und wird bei Bedarf an veränderte Einflussfaktoren angepasst. Der Gemeinderat stellt im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung.
3. Zur Gewährleistung der weiteren Umsetzung des Klimaschutzprogramms sind ab dem Haushaltsjahr 2022 eineinhalb auf zwei Jahre befristete Vollzeitstellen (EG 10 TVöD) im Stellenplan einzurichten. Die Besetzung steht unter dem Vorbehalt der Förderung durch das Bundesumweltministerium (BMUB). Die Verwaltung erstellt derzeit einen Fördermittelantrag zur Einreichung beim BMUB (bzw. beim Projektträger Jülich, PtJ).
4. Der im Rahmen der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes ins Leben gerufene Lenkungskreis wurde als Mobilitäts- und Klimabeirat verstetigt und wird auch weiterhin die Umsetzung und Fortschreibung des Klimaschutzprogramms begleiten.
5. Über die weitere Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wird der Gemeinderat regelmäßig informiert.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Satzungsangelegenheiten:

TOP 4.1 Erhöhung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer ab dem Jahr 2022 (mehrheitlich beschlossen; Abstimmungsergebnis sh. Niederschrift) Vorlage: 2494/2021/1

Sitzungsverlauf:

Die Satzungsangelegenheiten unter TOP 4 (4.1 bis 4.9) werden zusammengefasst besprochen, jedoch einzeln abgestimmt.

Der Vorsitzende erläutert noch einmal, dass aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen die Notwendigkeit bestehe, den Ergebnishaushalt zu verbessern. Da man im Bereich der freiwilligen Leistungen – also der Vereine und Einrichtungen - ungern kürzen wolle, müsse die Lücke von knapp 2 Mio. EUR über Einnahmeerhöhungen finanziert werden. Er dankt den Rätinnen und Räten für die konstruktive Arbeit und die grundsätzliche Akzeptanz für die Maßnahmen über das gesamte Gremium hinweg. Gleichzeitig richtet er eine klare Botschaft an die Schwetzingen Bevölkerung, dass die Stadt mit diesen zur Verfügung gestellten Mitteln im kommenden Jahrzehnt auskommen müsse und keine weiteren Erhöhungen geplant seien. Die Anpassungen würden alle in der Stadtgesellschaft gleichermaßen betreffen, auch hier im Gremium werde es viele selbst betreffen – teilweise in mehrfacher Hinsicht. Daher war es für alle im Gemeinderat und in der Verwaltung keine leichte Aufgabe und Entscheidung.

Die Stellungnahme von Stadtrat Petzold (SFW) ist in der Anlage beigefügt.

Für Stadtrat Prof. Walch (B'90/Die Grünen) geht es bei den heutigen Erhöhungen im Wesentlichen darum, den Haushalt zukunftsfähig zu machen. Schwetzingen sei eine hervorragend ausgerichtete Stadt mit hoher Lebensqualität, in der in den letzten 10 Jahren vieles geleistet worden sei. So solle es auch bleiben. So müsse man bei allen Haushaltsfragen solidarisch zusammenstehen. Nun stünden Steuererhöhungen bevor, aber damit werde man auch einen genehmigungsfähigen Haushalt haben, und das ist das Entscheidende. Allerdings würde seine Fraktion die Position „Busverkehr“ separat behandelt haben wollen.

Die Stellungnahmen von Stadträtin Kolb (CDU), Stadtrat Abraham (SPD) sowie Stadtrat Dr. Lorentz (FDP) sind in der Anlage beigefügt. Stadträtin Kolb kündigt für ihre Fraktion Zustimmung an mit Ausnahme von Stadtrat Dr. Herrmann (ausgenommen TOP 4.5).

Obwohl für Stadtrat Dr. Lorentz, FDP, Schwetzingen finanziell gesehen zu den solideren Kommunen gehöre, klafften im Haushalt einige Lücken. Mehr Aufgaben und damit mehr Ausgaben schlugen zu Buche, aber auch gestiegene Lohn- und Gehaltskosten. In diesem Haushalt befänden sich im Grunde keinerlei echte Kürzungsvorschläge. Vielmehr seien die Ansätze realistisch gerechnet und somit gekürzt worden. Die Gebühren seien zwar tatsächlich lange nicht erhöht worden, dafür stiegen ja in diesem Zeitraum aber auch die Einnahmen der Stadt durch Gewerbesteuer, etc.. Er fragt sich, wann man gedenke, die Gebühren auch mal zu senken. Seine Fraktion könne nur schweren Herzens der Anhebung der Grundsteuer zustimmen. Der Gewerbesteuererhöhung könne man jedoch nicht zustimmen, da sie für viele Gewerbesteuertreibende finanzielle Einbußen bringe und zudem nur zu rund einem Drittel überhaupt in der Kommune verbleibe.

Stadtrat Zieger spricht zunächst einmal der Verwaltung und den Fraktionen im Gemeinderat ein großes Lob für die Entscheidung für einen kostenlosen und elektrisch betriebenen Stadtbus aus. Das werde ein Leuchtturmprojekt. Seine Kritik richte sich auf die Erhöhung der Gebühren für die außerschulische Betreuung. Hier werde es den Kindern ermöglicht, unter Anleitung und Begleitung die Hausaufgaben zu machen. Hier gehe er einig mit der SPD Fraktion und der

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2021

Forderung, dass frühkindliche Bildung und Betreuung kostenfrei sein sollte. Auch bei der Erhöhung der Kindergartengebühren werde er daher dagegen stimmen.

Die Stellungnahme von Stadtrat Sahin, ABS, ist in der Anlage beigefügt.

Es erfolgen Abstimmungen zu TOP 4.1 und 4.2., wobei innerhalb von TOP 4.1 getrennt abgestimmt wird.

Zu TOP 4.3 erfolgt nach einem abweichenden Beschlussvorschlag von B'90/Die Grünen eine längere Diskussion.

Danach erfolgen einzelne Abstimmungen zu den Ziffern unter TOP 4.3.

Im Folgenden werden die weiteren Satzungsangelegenheiten von TOP 4.4 bis TOP 4.9 getrennt abgestimmt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat erhöht den Hebesatz der Grundsteuer B ab dem Jahr 2022 von 400% auf 460%.
2. Der Gemeinderat erhöht den Hebesatz der Gewerbesteuer ab dem Jahr 2022 von 380% auf 420%.
3. Der Gemeinderat beschließt die beigefügte Hebesatzsatzung zum Inkrafttreten am 01.01.2022.

Abstimmungsergebnis:

Grundsteuer B: **Ja 21 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0**

Gewerbesteuer: **Ja 20 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0**

TOP 4.2 Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung) mit Verwaltungsgebührenverzeichnis Vorlage: 2499/2021

Sitzungsverlauf:

Die Satzungsangelegenheiten unter TOP 4 (4.1 bis 4.9) werden zusammengefasst besprochen, jedoch einzeln abgestimmt.

Der Vorsitzende erläutert noch einmal, dass aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen die Notwendigkeit bestehe, den Ergebnishaushalt zu verbessern. Da man im Bereich der freiwilligen Leistungen – also der Vereine und Einrichtungen - ungern kürzen wolle, müsse die Lücke von knapp 2 Mio. EUR über Einnahmeerhöhungen finanziert werden. Er dankt den Rätinnen und Räten für die konstruktive Arbeit und die grundsätzliche Akzeptanz für die Maßnahmen über das gesamte Gremium hinweg. Gleichzeitig richtet er eine klare Botschaft an die Schwetzingener Bevölkerung, dass die Stadt mit diesen zur Verfügung gestellten Mitteln im kommenden Jahrzehnt auskommen müsse und keine weiteren Erhöhungen geplant seien. Die Anpassungen würden alle in der Stadtgesellschaft gleichermaßen betreffen, auch hier im Gremium werde es viele selbst betreffen – teilweise in mehrfacher Hinsicht. Daher war es für alle im Gemeinderat und in der Verwaltung keine leichte Aufgabe und Entscheidung.

Die Stellungnahme von Stadtrat Petzold (SFW) ist in der Anlage beigefügt.

Für Stadtrat Prof. Walch (B'90/Die Grünen) geht es bei den heutigen Erhöhungen im Wesentlichen darum, den Haushalt zukunftsfähig zu machen. Schwetzingen sei eine hervorragend ausgerichtete Stadt mit hoher Lebensqualität, in der in den letzten 10 Jahren vieles geleistet worden sei. So solle es auch bleiben. So müsse man bei allen Haushaltsfragen solidarisch zusammenstehen. Nun stünden Steuererhöhungen bevor, aber damit werde man auch einen genehmigungsfähigen Haushalt haben, und das ist das Entscheidende. Allerdings würde seine Fraktion die Position „Busverkehr“ separat behandelt haben wollen.

Die Stellungnahmen von Stadträtin Kolb (CDU), Stadtrat Abraham (SPD) sowie Stadtrat Dr. Lorentz (FDP) sind in der Anlage beigefügt. Stadträtin Kolb kündigt für ihre Fraktion Zustimmung an mit Ausnahme von Stadtrat Dr. Herrmann (ausgenommen TOP 4.5).

Obwohl für Stadtrat Dr. Lorentz, FDP, Schwetzingen finanziell gesehen zu den solideren Kommunen gehöre, klafften im Haushalt einige Lücken. Mehr Aufgaben und damit mehr Ausgaben schlugen zu Buche, aber auch gestiegene Lohn- und Gehaltskosten. In diesem Haushalt befänden sich im Grunde keinerlei echte Kürzungsvorschläge. Vielmehr seien die Ansätze realistisch gerechnet und somit gekürzt worden. Die Gebühren seien zwar tatsächlich lange nicht erhöht worden, dafür stiegen ja in diesem Zeitraum aber auch die Einnahmen der Stadt durch Gewerbesteuer, etc.. Er fragt sich, wann man gedenke, die Gebühren auch mal zu senken. Seine Fraktion könne nur schweren Herzens der Anhebung der Grundsteuer zustimmen. Der Gewerbesteuererhöhung könne man jedoch nicht zustimmen, da sie für viele Gewerbesteuertreibende finanzielle Einbußen bringe und zudem nur zu rund einem Drittel überhaupt in der Kommune verbleibe.

Stadtrat Zieger spricht zunächst einmal der Verwaltung und den Fraktionen im Gemeinderat ein großes Lob für die Entscheidung für einen kostenlosen und elektrisch betriebenen Stadtbus aus. Das werde ein Leuchtturmprojekt. Seine Kritik richte sich auf die Erhöhung der Gebühren für die außerschulische Betreuung. Hier werde es den Kindern ermöglicht, unter Anleitung und

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2021

Begleitung die Hausaufgaben zu machen. Hier gehe er einig mit der SPD Fraktion und der Forderung, dass frühkindliche Bildung und Betreuung kostenfrei sein sollte. Auch bei der Erhöhung der Kindergartengebühren werde er daher dagegen stimmen.

Die Stellungnahme von Stadtrat Sahin, ABS, ist in der Anlage beigefügt.

Es erfolgen Abstimmungen zu TOP 4.1 und 4.2., wobei innerhalb von TOP 4.1 getrennt abgestimmt wird.

Zu TOP 4.3 erfolgt nach einem abweichenden Beschlussvorschlag von B'90/Die Grünen eine längere Diskussion.

Danach erfolgen einzelne Abstimmungen zu den Ziffern unter TOP 4.3.

Im Folgenden werden die weiteren Satzungsangelegenheiten von TOP 4.4 bis TOP 4.9 getrennt abgestimmt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aktualisierung der „Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung)“ mit dem dazugehörigen Verwaltungsgebührenverzeichnis ab 1. Januar 2022.

Ja 22 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 4.3 Anpassung der Parkgebühren und Parkentgelte ab dem Jahr 2022 (beschlossen; Abstimmungsergebnis sh. Niederschrift) Vorlage: 2496/2021/1

Sitzungsverlauf:

Die Satzungsangelegenheiten unter TOP 4 (4.1 bis 4.9) werden zusammengefasst besprochen, jedoch einzeln abgestimmt.

Der Vorsitzende erläutert noch einmal, dass aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen die Notwendigkeit bestehe, den Ergebnishaushalt zu verbessern. Da man im Bereich der freiwilligen Leistungen – also der Vereine und Einrichtungen - ungern kürzen wolle, müsse die Lücke von knapp 2 Mio. EUR über Einnahmeerhöhungen finanziert werden. Er dankt den Rätinnen und Räten für die konstruktive Arbeit und die grundsätzliche Akzeptanz für die Maßnahmen über das gesamte Gremium hinweg. Gleichzeitig richtet er eine klare Botschaft an die Schwetzingen Bevölkerung, dass die Stadt mit diesen zur Verfügung gestellten Mitteln im kommenden Jahrzehnt auskommen müsse und keine weiteren Erhöhungen geplant seien. Die Anpassungen würden alle in der Stadtgesellschaft gleichermaßen betreffen, auch hier im Gremium werde es viele selbst betreffen – teilweise in mehrfacher Hinsicht. Daher war es für alle im Gemeinderat und in der Verwaltung keine leichte Aufgabe und Entscheidung.

Die Stellungnahme von Stadtrat Petzold (SFW) ist in der Anlage beigefügt.

Für Stadtrat Prof. Walch (B'90/Die Grünen) geht es bei den heutigen Erhöhungen im Wesentlichen darum, den Haushalt zukunftsfähig zu machen. Schwetzingen sei eine hervorragend ausgerichtete Stadt mit hoher Lebensqualität, in der in den letzten 10 Jahren vieles geleistet worden sei. So solle es auch bleiben. So müsse man bei allen Haushaltsfragen solidarisch zusammenstehen. Nun stünden Steuererhöhungen bevor, aber damit werde man auch einen genehmigungsfähigen Haushalt haben, und das ist das Entscheidende. Allerdings würde seine Fraktion die Position „Busverkehr“ separat behandelt haben wollen.

Die Stellungnahmen von Stadträtin Kolb (CDU), Stadtrat Abraham (SPD) sowie Stadtrat Dr. Lorentz (FDP) sind in der Anlage beigefügt. Stadträtin Kolb kündigt für ihre Fraktion Zustimmung an mit Ausnahme von Stadtrat Dr. Herrmann (ausgenommen TOP 4.5).

Obwohl für Stadtrat Dr. Lorentz, FDP, Schwetzingen finanziell gesehen zu den solideren Kommunen gehöre, klafften im Haushalt einige Lücken. Mehr Aufgaben und damit mehr Ausgaben schlugen zu Buche, aber auch gestiegene Lohn- und Gehaltskosten. In diesem Haushalt befänden sich im Grunde keinerlei echte Kürzungsvorschläge. Vielmehr seien die Ansätze realistisch gerechnet und somit gekürzt worden. Die Gebühren seien zwar tatsächlich lange nicht erhöht worden, dafür stiegen ja in diesem Zeitraum aber auch die Einnahmen der Stadt durch Gewerbesteuer, etc.. Er fragt sich, wann man gedenke, die Gebühren auch mal zu senken. Seine Fraktion könne nur schweren Herzens der Anhebung der Grundsteuer zustimmen. Der Gewerbesteuererhöhung könne man jedoch nicht zustimmen, da sie für viele Gewerbesteuertreibende finanzielle Einbußen bringe und zudem nur zu rund einem Drittel überhaupt in der Kommune verbleibe.

Stadtrat Zieger spricht zunächst einmal der Verwaltung und den Fraktionen im Gemeinderat ein großes Lob für die Entscheidung für einen kostenlosen und elektrisch betriebenen Stadtbus aus. Das werde ein Leuchtturmprojekt. Seine Kritik richte sich auf die Erhöhung der Gebühren für die außerschulische Betreuung. Hier werde es den Kindern ermöglicht, unter Anleitung und Begleitung die Hausaufgaben zu machen. Hier gehe er einig mit der SPD Fraktion und der

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2021

Forderung, dass frühkindliche Bildung und Betreuung kostenfrei sein sollte. Auch bei der Erhöhung der Kindergartengebühren werde er daher dagegen stimmen.

Die Stellungnahme von Stadtrat Sahin, ABS, ist in der Anlage beigefügt.

Es erfolgen Abstimmungen zu TOP 4.1 und 4.2., wobei innerhalb von TOP 4.1 getrennt abgestimmt wird.

Zu TOP 4.3 habe laut Oberbürgermeister B'90/Die Grünen bereits im Vorfeld einen abweichenden Beschlussvorschlag zu den Parkgebühren angekündigt, der sinngemäß lautet:

„Für Elektrofahrzeuge werden kostenreduzierte und/oder kostenlose Parkplätze angeboten/eingerichtet. Die Parkgebührensatzung wird entsprechend überarbeitet und angepasst.“ Dieser Antrag sei kein konkreter Vorschlag für heute, sondern würde dann nochmals im Gremium diskutiert.

Stadträtin Dr. Hirschbiel begründet den Antrag in der beigefügten Stellungnahme.

Stadtrat Zieger möchte wissen, ob dieser Antrag auch für Hybridfahrzeuge gelte. Stadträtin Dr. Hirschbiel schlägt zur Vereinfachung der Überprüfung durch den GVD vor, dass dies für alle Fahrzeuge mit einem E auf dem Kennzeichen gilt.

Stadtrat Pitsch schlägt vor, diesen Antrag im Verwaltungsausschuss gesondert zu behandeln, weshalb er einen Antrag zur Geschäftsordnung stelle.

Stadträtin Kolb gibt zu bedenken, dass eine Mindereinnahme immer mit einem Gegenfinanzierungsvorschlag begründet werden muss. Ihrer Meinung nach wäre hier eine intensivere Beratung nötig, zumal dieser Antrag eine sozialpolitische Komponente habe, wenn man den Tesla Fahrer hier finanziell bevorteile, aber nicht die alleinerziehende Mutter mit ihrem altem VW Polo.

Der Vorsitzende schlägt vor, einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen. Sollte dieser von der Mehrheit befürwortet werden, würde das Thema weiter in den Verwaltungsausschuss verwiesen werden. Sollte der Geschäftsordnungsantrag scheitern, würde man hier über den Antrag der Grünen ohne Aussprache abstimmen.

Beide Anträge werden mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag:

8 Ja, 14 Nein, 2 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zum Antrag von B'90/Die Grünen:

4 Ja, 14 Nein, 6 Enthaltungen

Danach erfolgen einzelne Abstimmungen zu den Ziffern unter TOP 4.3.

Im Folgenden werden die weiteren Satzungsangelegenheiten von TOP 4.4 bis TOP 4.9 getrennt abgestimmt.

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2021

Beschluss:

1. Der Gemeinderat erhöht die Parkgebühren auf dem Parkplatz „Alter Messplatz“ sowie für die bewirtschafteten Kurzzeitparkplätze in der Innenstadt wie vorgeschlagen zum 01.01.2022 und beschließt die beigefügte Satzung.
2. Der Gemeinderat beschließt die Erhöhung der Parkentgelte ab dem 01.01.2022 wie vorgeschlagen.
3. Der Gemeinderat beabsichtigt, den Schwetzingen Stadtbus für Fahrgäste künftig kostenlos anzubieten. Dies wird nach den regionalen Vorgaben des ÖPNV erstmals zum 1.1.2023 möglich sein. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH für die notwendige Abstimmung zu sorgen und die abschließende Beschlussfassung durch den Gemeinderat herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ziff. 1 und 2

Ja 18 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0

Ziff. 3

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4.4 Anpassung der Hundesteuer ab 01.01.2022 Vorlage: 2495/2021

Sitzungsverlauf:

Die Satzungsangelegenheiten unter TOP 4 (4.1 bis 4.9) werden zusammengefasst besprochen, jedoch einzeln abgestimmt.

Der Vorsitzende erläutert noch einmal, dass aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen die Notwendigkeit bestehe, den Ergebnishaushalt zu verbessern. Da man im Bereich der freiwilligen Leistungen – also der Vereine und Einrichtungen - ungern kürzen wolle, müsse die Lücke von knapp 2 Mio. EUR über Einnahmeerhöhungen finanziert werden. Er dankt den Rätinnen und Räten für die konstruktive Arbeit und die grundsätzliche Akzeptanz für die Maßnahmen über das gesamte Gremium hinweg. Gleichzeitig richtet er eine klare Botschaft an die Schwetzingener Bevölkerung, dass die Stadt mit diesen zur Verfügung gestellten Mitteln im kommenden Jahrzehnt auskommen müsse und keine weiteren Erhöhungen geplant seien. Die Anpassungen würden alle in der Stadtgesellschaft gleichermaßen betreffen, auch hier im Gremium werde es viele selbst betreffen – teilweise in mehrfacher Hinsicht. Daher war es für alle im Gemeinderat und in der Verwaltung keine leichte Aufgabe und Entscheidung.

Die Stellungnahme von Stadtrat Petzold (SFW) ist in der Anlage beigefügt.

Für Stadtrat Prof. Walch (B'90/Die Grünen) geht es bei den heutigen Erhöhungen im Wesentlichen darum, den Haushalt zukunftsfähig zu machen. Schwetzingen sei eine hervorragend ausgerichtete Stadt mit hoher Lebensqualität, in der in den letzten 10 Jahren vieles geleistet worden sei. So solle es auch bleiben. So müsse man bei allen Haushaltsfragen solidarisch zusammenstehen. Nun stünden Steuererhöhungen bevor, aber damit werde man auch einen genehmigungsfähigen Haushalt haben, und das ist das Entscheidende. Allerdings würde seine Fraktion die Position „Busverkehr“ separat behandelt haben wollen.

Die Stellungnahmen von Stadträtin Kolb (CDU), Stadtrat Abraham (SPD) sowie Stadtrat Dr. Lorentz (FDP) sind in der Anlage beigefügt. Stadträtin Kolb kündigt für ihre Fraktion Zustimmung an mit Ausnahme von Stadtrat Dr. Herrmann (ausgenommen TOP 4.5).

Obwohl für Stadtrat Dr. Lorentz, FDP, Schwetzingen finanziell gesehen zu den solideren Kommunen gehöre, klafften im Haushalt einige Lücken. Mehr Aufgaben und damit mehr Ausgaben schlugen zu Buche, aber auch gestiegene Lohn- und Gehaltskosten. In diesem Haushalt befänden sich im Grunde keinerlei echte Kürzungsvorschläge. Vielmehr seien die Ansätze realistisch gerechnet und somit gekürzt worden. Die Gebühren seien zwar tatsächlich lange nicht erhöht worden, dafür stiegen ja in diesem Zeitraum aber auch die Einnahmen der Stadt durch Gewerbesteuer, etc.. Er fragt sich, wann man gedenke, die Gebühren auch mal zu senken. Seine Fraktion könne nur schweren Herzens der Anhebung der Grundsteuer zustimmen. Der Gewerbesteuererhöhung könne man jedoch nicht zustimmen, da sie für viele Gewerbesteuertreibende finanzielle Einbußen bringe und zudem nur zu rund einem Drittel überhaupt in der Kommune verbleibe.

Stadtrat Zieger spricht zunächst einmal der Verwaltung und den Fraktionen im Gemeinderat ein großes Lob für die Entscheidung für einen kostenlosen und elektrisch betriebenen Stadtbus aus. Das werde ein Leuchtturmprojekt. Seine Kritik richte sich auf die Erhöhung der Gebühren für die außerschulische Betreuung. Hier werde es den Kindern ermöglicht, unter Anleitung und Begleitung die Hausaufgaben zu machen. Hier gehe er einig mit der SPD Fraktion und der

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2021

Forderung, dass frühkindliche Bildung und Betreuung kostenfrei sein sollte. Auch bei der Erhöhung der Kindergartengebühren werde er daher dagegen stimmen.

Die Stellungnahme von Stadtrat Sahin, ABS, ist in der Anlage beigefügt.

Es erfolgen Abstimmungen zu TOP 4.1 und 4.2., wobei innerhalb von TOP 4.1 getrennt abgestimmt wird.

Zu TOP 4.3 erfolgt nach einem abweichenden Beschlussvorschlag von B'90/Die Grünen eine längere Diskussion.

Danach erfolgen einzelne Abstimmungen zu den Ziffern unter TOP 4.3.

Im Folgenden werden die weiteren Satzungsangelegenheiten von TOP 4.4 bis TOP 4.9 getrennt abgestimmt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die beigefügte Satzung über die Erhebung der Hundesteuer mit Gültigkeit ab 01.01.2022.

Ja 21 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 4.5 Einführung einer Wettbürosteuer und Erhöhung der Vergnügungssteuer auf Spielgeräte zum 01.01.2022 Vorlage: 2497/2021/1

Sitzungsverlauf:

Die Satzungsangelegenheiten unter TOP 4 (4.1 bis 4.9) werden zusammengefasst besprochen, jedoch einzeln abgestimmt.

Der Vorsitzende erläutert noch einmal, dass aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen die Notwendigkeit bestehe, den Ergebnishaushalt zu verbessern. Da man im Bereich der freiwilligen Leistungen – also der Vereine und Einrichtungen - ungern kürzen wolle, müsse die Lücke von knapp 2 Mio. EUR über Einnahmeerhöhungen finanziert werden. Er dankt den Rätinnen und Räten für die konstruktive Arbeit und die grundsätzliche Akzeptanz für die Maßnahmen über das gesamte Gremium hinweg. Gleichzeitig richtet er eine klare Botschaft an die Schwetzingener Bevölkerung, dass die Stadt mit diesen zur Verfügung gestellten Mitteln im kommenden Jahrzehnt auskommen müsse und keine weiteren Erhöhungen geplant seien. Die Anpassungen würden alle in der Stadtgesellschaft gleichermaßen betreffen, auch hier im Gremium werde es viele selbst betreffen – teilweise in mehrfacher Hinsicht. Daher war es für alle im Gemeinderat und in der Verwaltung keine leichte Aufgabe und Entscheidung.

Die Stellungnahme von Stadtrat Petzold (SFW) ist in der Anlage beigefügt.

Für Stadtrat Prof. Walch (B'90/Die Grünen) geht es bei den heutigen Erhöhungen im Wesentlichen darum, den Haushalt zukunftsfähig zu machen. Schwetzingen sei eine hervorragend ausgerichtete Stadt mit hoher Lebensqualität, in der in den letzten 10 Jahren vieles geleistet worden sei. So solle es auch bleiben. So müsse man bei allen Haushaltsfragen solidarisch zusammenstehen. Nun stünden Steuererhöhungen bevor, aber damit werde man auch einen genehmigungsfähigen Haushalt haben, und das ist das Entscheidende. Allerdings würde seine Fraktion die Position „Busverkehr“ separat behandelt haben wollen.

Die Stellungnahmen von Stadträtin Kolb (CDU), Stadtrat Abraham (SPD) sowie Stadtrat Dr. Lorentz (FDP) sind in der Anlage beigefügt. Stadträtin Kolb kündigt für ihre Fraktion Zustimmung an mit Ausnahme von Stadtrat Dr. Herrmann (ausgenommen TOP 4.5).

Obwohl für Stadtrat Dr. Lorentz, FDP, Schwetzingen finanziell gesehen zu den solideren Kommunen gehöre, klafften im Haushalt einige Lücken. Mehr Aufgaben und damit mehr Ausgaben schlugen zu Buche, aber auch gestiegene Lohn- und Gehaltskosten. In diesem Haushalt befänden sich im Grunde keinerlei echte Kürzungsvorschläge. Vielmehr seien die Ansätze realistisch gerechnet und somit gekürzt worden. Die Gebühren seien zwar tatsächlich lange nicht erhöht worden, dafür stiegen ja in diesem Zeitraum aber auch die Einnahmen der Stadt durch Gewerbesteuer, etc.. Er fragt sich, wann man gedenke, die Gebühren auch mal zu senken. Seine Fraktion könne nur schweren Herzens der Anhebung der Grundsteuer zustimmen. Der Gewerbesteuererhöhung könne man jedoch nicht zustimmen, da sie für viele Gewerbesteuertreibende finanzielle Einbußen bringe und zudem nur zu rund einem Drittel überhaupt in der Kommune verbleibe.

Stadtrat Zieger spricht zunächst einmal der Verwaltung und den Fraktionen im Gemeinderat ein großes Lob für die Entscheidung für einen kostenlosen und elektrisch betriebenen Stadtbus aus. Das werde ein Leuchtturmprojekt. Seine Kritik richte sich auf die Erhöhung der Gebühren für die außerschulische Betreuung. Hier werde es den Kindern ermöglicht, unter Anleitung und

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2021

Begleitung die Hausaufgaben zu machen. Hier gehe er einig mit der SPD Fraktion und der Forderung, dass frühkindliche Bildung und Betreuung kostenfrei sein sollte. Auch bei der Erhöhung der Kindergartengebühren werde er daher dagegen stimmen.

Die Stellungnahme von Stadtrat Sahin, ABS, ist in der Anlage beigefügt.

Es erfolgen Abstimmungen zu TOP 4.1 und 4.2., wobei innerhalb von TOP 4.1 getrennt abgestimmt wird.

Zu TOP 4.3 erfolgt nach einem abweichenden Beschlussvorschlag von B'90/Die Grünen eine längere Diskussion.

Danach erfolgen einzelne Abstimmungen zu den Ziffern unter TOP 4.3.

Im Folgenden werden die weiteren Satzungsangelegenheiten von TOP 4.4 bis TOP 4.9 getrennt abgestimmt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Einführung einer Wettbürosteuer in Form der beiliegenden Satzung.
2. Der Gemeinderat beschließt die Änderungssatzung zur Vergnügungssteuersatzung zur Erhöhung der Vergnügungssteuer auf Spielgeräte.

Ja 23 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4.6 Außerschulische Betreuung - Satzung über die Inanspruchnahme der kommunalen Betreuungsangebote an den Grundschulen außerhalb des Unterrichts / Gebührenkalkulation und -festsetzung Vorlage: 2485/2021

Sitzungsverlauf:

Die Satzungsangelegenheiten unter TOP 4 (4.1 bis 4.9) werden zusammengefasst besprochen, jedoch einzeln abgestimmt.

Der Vorsitzende erläutert noch einmal, dass aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen die Notwendigkeit bestehe, den Ergebnishaushalt zu verbessern. Da man im Bereich der freiwilligen Leistungen – also der Vereine und Einrichtungen - ungern kürzen wolle, müsse die Lücke von knapp 2 Mio. EUR über Einnahmeerhöhungen finanziert werden. Er dankt den Rätinnen und Räten für die konstruktive Arbeit und die grundsätzliche Akzeptanz für die Maßnahmen über das gesamte Gremium hinweg. Gleichzeitig richtet er eine klare Botschaft an die Schwetzingener Bevölkerung, dass die Stadt mit diesen zur Verfügung gestellten Mitteln im kommenden Jahrzehnt auskommen müsse und keine weiteren Erhöhungen geplant seien. Die Anpassungen würden alle in der Stadtgesellschaft gleichermaßen betreffen, auch hier im Gremium werde es viele selbst betreffen – teilweise in mehrfacher Hinsicht. Daher war es für alle im Gemeinderat und in der Verwaltung keine leichte Aufgabe und Entscheidung.

Die Stellungnahme von Stadtrat Petzold (SFW) ist in der Anlage beigefügt.

Für Stadtrat Prof. Walch (B'90/Die Grünen) geht es bei den heutigen Erhöhungen im Wesentlichen darum, den Haushalt zukunftsfähig zu machen. Schwetzingen sei eine hervorragend ausgerichtete Stadt mit hoher Lebensqualität, in der in den letzten 10 Jahren vieles geleistet worden sei. So solle es auch bleiben. So müsse man bei allen Haushaltsfragen solidarisch zusammenstehen. Nun stünden Steuererhöhungen bevor, aber damit werde man auch einen genehmigungsfähigen Haushalt haben, und das ist das Entscheidende. Allerdings würde seine Fraktion die Position „Busverkehr“ separat behandelt haben wollen.

Die Stellungnahmen von Stadträtin Kolb (CDU), Stadtrat Abraham (SPD) sowie Stadtrat Dr. Lorentz (FDP) sind in der Anlage beigefügt. Stadträtin Kolb kündigt für ihre Fraktion Zustimmung an mit Ausnahme von Stadtrat Dr. Herrmann (ausgenommen TOP 4.5).

Obwohl für Stadtrat Dr. Lorentz, FDP, Schwetzingen finanziell gesehen zu den solideren Kommunen gehöre, klafften im Haushalt einige Lücken. Mehr Aufgaben und damit mehr Ausgaben schlugen zu Buche, aber auch gestiegene Lohn- und Gehaltskosten. In diesem Haushalt befänden sich im Grunde keinerlei echte Kürzungsvorschläge. Vielmehr seien die Ansätze realistisch gerechnet und somit gekürzt worden. Die Gebühren seien zwar tatsächlich lange nicht erhöht worden, dafür stiegen ja in diesem Zeitraum aber auch die Einnahmen der Stadt durch Gewerbesteuer, etc.. Er fragt sich, wann man gedenke, die Gebühren auch mal zu senken. Seine Fraktion könne nur schweren Herzens der Anhebung der Grundsteuer zustimmen. Der Gewerbesteuererhöhung könne man jedoch nicht zustimmen, da sie für viele Gewerbesteuertreibende finanzielle Einbußen bringe und zudem nur zu rund einem Drittel überhaupt in der Kommune verbleibe.

Stadtrat Zieger spricht zunächst einmal der Verwaltung und den Fraktionen im Gemeinderat ein großes Lob für die Entscheidung für einen kostenlosen und elektrisch betriebenen Stadtbus aus. Das werde ein Leuchtturmprojekt. Seine Kritik richte sich auf die Erhöhung der Gebühren für die außerschulische Betreuung. Hier werde es den Kindern ermöglicht, unter Anleitung und

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2021

Begleitung die Hausaufgaben zu machen. Hier gehe er einig mit der SPD Fraktion und der Forderung, dass frühkindliche Bildung und Betreuung kostenfrei sein sollte. Auch bei der Erhöhung der Kindergartengebühren werde er daher dagegen stimmen.

Die Stellungnahme von Stadtrat Sahin, ABS, ist in der Anlage beigefügt.

Es erfolgen Abstimmungen zu TOP 4.1 und 4.2., wobei innerhalb von TOP 4.1 getrennt abgestimmt wird.

Zu TOP 4.3 erfolgt nach einem abweichenden Beschlussvorschlag von B'90/Die Grünen eine längere Diskussion.

Danach erfolgen einzelne Abstimmungen zu den Ziffern unter TOP 4.3.

Im Folgenden werden die weiteren Satzungsangelegenheiten von TOP 4.4 bis TOP 4.9 getrennt abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Satzung über die Inanspruchnahme der kommunalen Betreuungsangebote an den Grundschulen außerhalb des Unterrichts wird beschlossen und tritt zum 01.01.2022 in Kraft.
2. Das zugehörige Gebührenverzeichnis wird beschlossen und tritt mit den zum 01.01.2022 und 01.09.2024 festgelegten Gebührensätzen zum jeweiligen Datum in Kraft.
3. Der dem Gemeinderat bei der Beschlussfassung vorgelegten Gebührenkalkulation für die außerschulische Betreuung wird einschließlich der einzelnen Gebührenbestandteile, Prognosen, Schätzungen, Abschreibungen, Grundlagen und Ermessensentscheidungen sowie der Berechnungsmethoden zur Ermittlung der Beträge zugestimmt.

Ja 20 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4.7 Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für den städt. Kindergarten Spatzennest / Gebührenberechnung und -festsetzung Vorlage: 2486/2021/1

Sitzungsverlauf:

Die Satzungsangelegenheiten unter TOP 4 (4.1 bis 4.9) werden zusammengefasst besprochen, jedoch einzeln abgestimmt.

Der Vorsitzende erläutert noch einmal, dass aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen die Notwendigkeit bestehe, den Ergebnishaushalt zu verbessern. Da man im Bereich der freiwilligen Leistungen – also der Vereine und Einrichtungen - ungern kürzen wolle, müsse die Lücke von knapp 2 Mio. EUR über Einnahmeerhöhungen finanziert werden. Er dankt den Rätinnen und Räten für die konstruktive Arbeit und die grundsätzliche Akzeptanz für die Maßnahmen über das gesamte Gremium hinweg. Gleichzeitig richtet er eine klare Botschaft an die Schwetzingener Bevölkerung, dass die Stadt mit diesen zur Verfügung gestellten Mitteln im kommenden Jahrzehnt auskommen müsse und keine weiteren Erhöhungen geplant seien. Die Anpassungen würden alle in der Stadtgesellschaft gleichermaßen betreffen, auch hier im Gremium werde es viele selbst betreffen – teilweise in mehrfacher Hinsicht. Daher war es für alle im Gemeinderat und in der Verwaltung keine leichte Aufgabe und Entscheidung.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass diese Gebührenentscheidung auch Einfluss auf die Abrechnung mit den verschiedenen Trägern haben werde und entsprechende Zahlungsanpassungen erfolgen werden.

Die Stellungnahme von Stadtrat Petzold (SFW) ist in der Anlage beigefügt.

Für Stadtrat Prof. Walch (B'90/Die Grünen) geht es bei den heutigen Erhöhungen im Wesentlichen darum, den Haushalt zukunftsfähig zu machen. Schwetzingen sei eine hervorragend ausgerichtete Stadt mit hoher Lebensqualität, in der in den letzten 10 Jahren vieles geleistet worden sei. So solle es auch bleiben. So müsse man bei allen Haushaltsfragen solidarisch zusammenstehen. Nun stünden Steuererhöhungen bevor, aber damit werde man auch einen genehmigungsfähigen Haushalt haben, und das ist das Entscheidende. Allerdings würde seine Fraktion die Position „Busverkehr“ separat behandelt haben wollen.

Die Stellungnahmen von Stadträtin Kolb (CDU), Stadtrat Abraham (SPD) sowie Stadtrat Dr. Lorentz (FDP) sind in der Anlage beigefügt. Stadträtin Kolb kündigt für ihre Fraktion Zustimmung an mit Ausnahme von Stadtrat Dr. Herrmann (ausgenommen TOP 4.5).

Obwohl für Stadtrat Dr. Lorentz, FDP, Schwetzingen finanziell gesehen zu den solideren Kommunen gehöre, klafften im Haushalt einige Lücken. Mehr Aufgaben und damit mehr Ausgaben schlugen zu Buche, aber auch gestiegene Lohn- und Gehaltskosten. In diesem Haushalt befänden sich im Grunde keinerlei echte Kürzungsvorschläge. Vielmehr seien die Ansätze realistisch gerechnet und somit gekürzt worden. Die Gebühren seien zwar tatsächlich lange nicht erhöht worden, dafür stiegen ja in diesem Zeitraum aber auch die Einnahmen der Stadt durch Gewerbesteuer, etc.. Er fragt sich, wann man gedenke, die Gebühren auch mal zu senken. Seine Fraktion könne nur schweren Herzens der Anhebung der Grundsteuer zustimmen. Der Gewerbesteuererhöhung könne man jedoch nicht zustimmen, da sie für viele Gewerbesteuertreibende finanzielle Einbußen bringe und zudem nur zu rund einem Drittel überhaupt in der Kommune verbleibe.

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2021

Stadtrat Zieger spricht zunächst einmal der Verwaltung und den Fraktionen im Gemeinderat ein großes Lob für die Entscheidung für einen kostenlosen und elektrisch betriebenen Stadtbus aus. Das werde ein Leuchtturmprojekt. Seine Kritik richte sich auf die Erhöhung der Gebühren für die außerschulische Betreuung. Hier werde es den Kindern ermöglicht, unter Anleitung und Begleitung die Hausaufgaben zu machen. Hier gehe er einig mit der SPD Fraktion und der Forderung, dass frühkindliche Bildung und Betreuung kostenfrei sein sollte. Auch bei der Erhöhung der Kindergartengebühren werde er daher dagegen stimmen.

Die Stellungnahme von Stadtrat Sahin, ABS, ist in der Anlage beigelegt.

Es erfolgen Abstimmungen zu TOP 4.1 und 4.2., wobei innerhalb von TOP 4.1 getrennt abgestimmt wird.

Zu TOP 4.3 erfolgt nach einem abweichenden Beschlussvorschlag von B'90/Die Grünen eine längere Diskussion.

Danach erfolgen einzelne Abstimmungen zu den Ziffern unter TOP 4.3.

Im Folgenden werden die weiteren Satzungsangelegenheiten von TOP 4.4 bis TOP 4.9 getrennt abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung des städtischen Kindergartens „Spatzennest“ wird beschlossen und tritt mit Wirkung zum 01.01.2022 in Kraft.
2. Das zugehörige Gebührenverzeichnis wird beschlossen und tritt mit den zum 01.01.2022 und 01.09.2024 festgelegten Gebührensätzen zum jeweiligen Datum in Kraft.
3. Der dem Gemeinderat bei der Beschlussfassung vorgelegten Gebührenkalkulation für die Nutzung des städtischen Kindergartens Spatzennest wird einschließlich der einzelnen Gebührenbestandteile, Prognosen, Schätzungen, Abschreibungen, Grundlagen und Ermessensentscheidungen sowie der Berechnungsmethoden zur Ermittlung der Beträge zugestimmt.

Ja 16 Nein 7 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 4.8 1. Änderungssatzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften **Vorlage: 2500/2021**

Sitzungsverlauf:

Die Satzungsangelegenheiten unter TOP 4 (4.1 bis 4.9) werden zusammengefasst besprochen, jedoch einzeln abgestimmt.

Der Vorsitzende erläutert noch einmal, dass aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen die Notwendigkeit bestehe, den Ergebnishaushalt zu verbessern. Da man im Bereich der freiwilligen Leistungen – also der Vereine und Einrichtungen - ungern kürzen wolle, müsse die Lücke von knapp 2 Mio. EUR über Einnahmeerhöhungen finanziert werden. Er dankt den Rätinnen und Räten für die konstruktive Arbeit und die grundsätzliche Akzeptanz für die Maßnahmen über das gesamte Gremium hinweg. Gleichzeitig richtet er eine klare Botschaft an die Schwetzingener Bevölkerung, dass die Stadt mit diesen zur Verfügung gestellten Mitteln im kommenden Jahrzehnt auskommen müsse und keine weiteren Erhöhungen geplant seien. Die Anpassungen würden alle in der Stadtgesellschaft gleichermaßen betreffen, auch hier im Gremium werde es viele selbst betreffen – teilweise in mehrfacher Hinsicht. Daher war es für alle im Gemeinderat und in der Verwaltung keine leichte Aufgabe und Entscheidung.

Die Stellungnahme von Stadtrat Petzold (SFW) ist in der Anlage beigefügt.

Für Stadtrat Prof. Walch (B'90/Die Grünen) geht es bei den heutigen Erhöhungen im Wesentlichen darum, den Haushalt zukunftsfähig zu machen. Schwetzingen sei eine hervorragend ausgerichtete Stadt mit hoher Lebensqualität, in der in den letzten 10 Jahren vieles geleistet worden sei. So solle es auch bleiben. So müsse man bei allen Haushaltsfragen solidarisch zusammenstehen. Nun stünden Steuererhöhungen bevor, aber damit werde man auch einen genehmigungsfähigen Haushalt haben, und das ist das Entscheidende. Allerdings würde seine Fraktion die Position „Busverkehr“ separat behandelt haben wollen.

Die Stellungnahmen von Stadträtin Kolb (CDU), Stadtrat Abraham (SPD) sowie Stadtrat Dr. Lorentz (FDP) sind in der Anlage beigefügt. Stadträtin Kolb kündigt für ihre Fraktion Zustimmung an mit Ausnahme von Stadtrat Dr. Herrmann (ausgenommen TOP 4.5).

Obwohl für Stadtrat Dr. Lorentz, FDP, Schwetzingen finanziell gesehen zu den solideren Kommunen gehöre, klafften im Haushalt einige Lücken. Mehr Aufgaben und damit mehr Ausgaben schlugen zu Buche, aber auch gestiegene Lohn- und Gehaltskosten. In diesem Haushalt befänden sich im Grunde keinerlei echte Kürzungsvorschläge. Vielmehr seien die Ansätze realistisch gerechnet und somit gekürzt worden. Die Gebühren seien zwar tatsächlich lange nicht erhöht worden, dafür stiegen ja in diesem Zeitraum aber auch die Einnahmen der Stadt durch Gewerbesteuer, etc.. Er fragt sich, wann man gedenke, die Gebühren auch mal zu senken. Seine Fraktion könne nur schweren Herzens der Anhebung der Grundsteuer zustimmen. Der Gewerbesteuererhöhung könne man jedoch nicht zustimmen, da sie für viele Gewerbesteuertreibende finanzielle Einbußen bringe und zudem nur zu rund einem Drittel überhaupt in der Kommune verbleibe.

Stadtrat Zieger spricht zunächst einmal der Verwaltung und den Fraktionen im Gemeinderat ein großes Lob für die Entscheidung für einen kostenlosen und elektrisch betriebenen Stadtbus aus. Das werde ein Leuchtturmprojekt. Seine Kritik richte sich auf die Erhöhung der Gebühren für die außerschulische Betreuung. Hier werde es den Kindern ermöglicht, unter Anleitung und

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2021

Begleitung die Hausaufgaben zu machen. Hier gehe er einig mit der SPD Fraktion und der Forderung, dass frühkindliche Bildung und Betreuung kostenfrei sein sollte. Auch bei der Erhöhung der Kindergartengebühren werde er daher dagegen stimmen.

Die Stellungnahme von Stadtrat Sahin, ABS, ist in der Anlage beigefügt.

Es erfolgen Abstimmungen zu TOP 4.1 und 4.2., wobei innerhalb von TOP 4.1 getrennt abgestimmt wird.

Zu TOP 4.3 erfolgt nach einem abweichenden Beschlussvorschlag von B'90/Die Grünen eine längere Diskussion.

Danach erfolgen einzelne Abstimmungen zu den Ziffern unter TOP 4.3.

Im Folgenden werden die weiteren Satzungsangelegenheiten von TOP 4.4 bis TOP 4.9 getrennt abgestimmt.

Beschluss:

1. Die 1. Änderungssatzung der „Satzung über die Nutzung der Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünfte“ (Anlage 1) wird beschlossen.
2. Der beigefügten Gebührenkalkulation (Anlage 2) wird mit folgenden Parametern zugestimmt:

Bei der Gebührenbemessung sind die nach § 14 Abs. 3 Satz 1 Kommunalabgabengesetz ansatzfähigen Kosten in einem Zeitraum von vier Jahren (2017 bis 2020) berücksichtigt. Der kalkulatorische Zinssatz beträgt 4 Prozent.

Ja 22 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4.9 Änderung der Friedhof- und Friedhofsgebührensatzung zum 01.01.2022 Vorlage: 2501/2021

Sitzungsverlauf:

Die Satzungsangelegenheiten unter TOP 4 (4.1 bis 4.9) werden zusammengefasst besprochen, jedoch einzeln abgestimmt.

Der Vorsitzende erläutert noch einmal, dass aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen die Notwendigkeit bestehe, den Ergebnishaushalt zu verbessern. Da man im Bereich der freiwilligen Leistungen – also der Vereine und Einrichtungen - ungern kürzen wolle, müsse die Lücke von knapp 2 Mio. EUR über Einnahmeerhöhungen finanziert werden. Er dankt den Rätinnen und Räten für die konstruktive Arbeit und die grundsätzliche Akzeptanz für die Maßnahmen über das gesamte Gremium hinweg. Gleichzeitig richtet er eine klare Botschaft an die Schwetzingen Bevölkerung, dass die Stadt mit diesen zur Verfügung gestellten Mitteln im kommenden Jahrzehnt auskommen müsse und keine weiteren Erhöhungen geplant seien. Die Anpassungen würden alle in der Stadtgesellschaft gleichermaßen betreffen, auch hier im Gremium werde es viele selbst betreffen – teilweise in mehrfacher Hinsicht. Daher war es für alle im Gemeinderat und in der Verwaltung keine leichte Aufgabe und Entscheidung.

Die Stellungnahme von Stadtrat Petzold (SFW) ist in der Anlage beigefügt.

Für Stadtrat Prof. Walch (B'90/Die Grünen) geht es bei den heutigen Erhöhungen im Wesentlichen darum, den Haushalt zukunftsfähig zu machen. Schwetzingen sei eine hervorragend ausgerichtete Stadt mit hoher Lebensqualität, in der in den letzten 10 Jahren vieles geleistet worden sei. So solle es auch bleiben. So müsse man bei allen Haushaltsfragen solidarisch zusammenstehen. Nun stünden Steuererhöhungen bevor, aber damit werde man auch einen genehmigungsfähigen Haushalt haben, und das ist das Entscheidende. Allerdings würde seine Fraktion die Position „Busverkehr“ separat behandelt haben wollen.

Die Stellungnahmen von Stadträtin Kolb (CDU), Stadtrat Abraham (SPD) sowie Stadtrat Dr. Lorentz (FDP) sind in der Anlage beigefügt. Stadträtin Kolb kündigt für ihre Fraktion Zustimmung an mit Ausnahme von Stadtrat Dr. Herrmann (ausgenommen TOP 4.5).

Obwohl für Stadtrat Dr. Lorentz, FDP, Schwetzingen finanziell gesehen zu den solideren Kommunen gehöre, klafften im Haushalt einige Lücken. Mehr Aufgaben und damit mehr Ausgaben schlugen zu Buche, aber auch gestiegene Lohn- und Gehaltskosten. In diesem Haushalt befänden sich im Grunde keinerlei echte Kürzungsvorschläge. Vielmehr seien die Ansätze realistisch gerechnet und somit gekürzt worden. Die Gebühren seien zwar tatsächlich lange nicht erhöht worden, dafür stiegen ja in diesem Zeitraum aber auch die Einnahmen der Stadt durch Gewerbesteuer, etc.. Er fragt sich, wann man gedenke, die Gebühren auch mal zu senken. Seine Fraktion könne nur schweren Herzens der Anhebung der Grundsteuer zustimmen. Der Gewerbesteuererhöhung könne man jedoch nicht zustimmen, da sie für viele Gewerbesteuertreibende finanzielle Einbußen bringe und zudem nur zu rund einem Drittel überhaupt in der Kommune verbleibe.

Stadtrat Zieger spricht zunächst einmal der Verwaltung und den Fraktionen im Gemeinderat ein großes Lob für die Entscheidung für einen kostenlosen und elektrisch betriebenen Stadtbus aus. Das werde ein Leuchtturmprojekt. Seine Kritik richte sich auf die Erhöhung der Gebühren für die außerschulische Betreuung. Hier werde es den Kindern ermöglicht, unter Anleitung und Begleitung die Hausaufgaben zu machen. Hier gehe er einig mit der SPD Fraktion und der

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2021

Forderung, dass frühkindliche Bildung und Betreuung kostenfrei sein sollte. Auch bei der Erhöhung der Kindergartengebühren werde er daher dagegen stimmen.

Die Stellungnahme von Stadtrat Sahin, ABS, ist in der Anlage beigefügt.

Es erfolgen Abstimmungen zu TOP 4.1 und 4.2., wobei innerhalb von TOP 4.1 getrennt abgestimmt wird.

Zu TOP 4.3 erfolgt nach einem abweichenden Beschlussvorschlag von B'90/Die Grünen eine längere Diskussion.

Danach erfolgen einzelne Abstimmungen zu den Ziffern unter TOP 4.3.

Im Folgenden werden die weiteren Satzungsangelegenheiten von TOP 4.4 bis TOP 4.9 getrennt abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung (Friedhofs- und Bestattungsordnung) wird beschlossen und tritt mit Wirkung zum 01.01.2022 in Kraft.
2. Die zugehörige Bestattungsgebührensatzung wird beschlossen und tritt zum 01.01.2022 in Kraft.

Ja 22 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 5 Gemeinsamer Gutachterausschuss Bezirk Schwetzingen - Änderung der
Gutachterausschussgebührensatzung
Vorlage: 2507/2021**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und den, wie er findet, vernünftigen Anpassungsvorschlag.

Ohne weitere Aussprache einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Neufassung der Gutachterausschussgebührensatzung mit Inkrafttreten zum 01.01.2022.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 6 Investitionszuschüsse an Vereine
Vorlage: 2502/2021**

Sitzungsverlauf:

Stadtrat Prof. Walch verlässt die Sitzung.

Nach kurzen Erläuterungen durch den Vorsitzenden ohne weitere Aussprache einstimmig beschlossen.

Beschluss:

1. Folgende Vereine erhalten unter Anwendung der Vereinsförderrichtlinien der Stadt Schwetzingen einen Investitionszuschuss i.H.v. 40% der eingereichten oder vom Badischen Sportbund als förderfähig anerkannten Kosten:
 - 1.1. Reiterverein 1952 Schwetzingen e.V. für Pflasterarbeiten i.H.v. max. 6.609,75 Euro (Ansatz 7.000 Euro),
 - 1.2. Tennisclub Blau-Weiß Schwetzingen e.V. für die Sanierung der Umkleiden und Duschen i.H.v. max. 13.400 Euro, für die Renovierung der Toiletten max. 4.593,40 Euro, für die Isolierung der Außenwände des Clubhauses max. 3.822,28 Euro; Gesamtzuschuss max. 21.815,68 Euro (Ansatz 22.000 Euro).
2. Die Mittel werden im Haushalt 2022 zur Verfügung gestellt (91.000 Euro Gesamtansatz der Kontierung 42100000/43180000).

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7 Kindergärten – Zuschüsse nach dem Gute-Kita-Gesetz
Vorlage: 2509/2021**

Sitzungsverlauf:

Frau Fackel-Kretz-Keller erklärt sich für befangen und verlässt den Ratstisch.

Stadträtin Kolb verlässt den Ratssaal.

Nach kurzen Erläuterungen durch den Vorsitzenden ohne weitere Aussprache einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Die von der Stadt Schwetzingen über das Maß des Gute-Kita-Gesetzes hinaus gewährten Zuschüsse für die pädagogische Leitungszeit in den Kindergärten werden bei allen Trägern mit den Zuschüssen nach § 29e FAG (Gute-Kita-Gesetz) gegengerechnet.

Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

**TOP 8 Waldorf-Kindergarten - Verträge Kindergarten mit Krippe, Wald- und
Wiesengruppe
Vorlage: 2505/2021**

Sitzungsverlauf:

Stadträtin Kolb ist nicht im Ratssaal anwesend.

Nach kurzen Erläuterungen durch den Vorsitzenden ohne weitere Aussprache einstimmig beschlossen.

Beschluss:

1. Dem Änderungsvertrag über den Betrieb und die Förderung des Freien Waldorf-Kindergartens Schwetzingen wird zugestimmt.
2. Dem Vertrag über den Betrieb und die Förderung der Waldgruppe des Vereins zur Förderung der Waldorfpädagogik e.V. wird zugestimmt.
3. Dem Vertrag über den Betrieb und die Förderung der Wiesengruppe des Vereins zur Förderung der Waldorfpädagogik e.V. wird zugestimmt.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 9 Kindergarten St. Josef - Überplanmäßige Ausgabe für den Um- und Erweiterungsbau im Haushaltsjahr 2021 / Anpassung 2022
Vorlage: 2508/2021**

Sitzungsverlauf:

Stadträtin Kolb ist nicht im Ratssaal anwesend.

Nach kurzen Erläuterungen durch den Vorsitzenden ohne weitere Aussprache einstimmig beschlossen.

Beschluss:

1. Der bisher im Haushalt 2021 vorhandene Ansatz für den Um- und Erweiterungsbau des Kindergartens St. Josef wird von 300.000 Euro auf 600.000 Euro erhöht (Kontierung 36502117/78180000). Die Mittel werden überplanmäßig genehmigt und im Haushalt zur Verfügung gestellt.
2. Der Ansatz für den Haushalt 2022 wird von bisher vorgesehenen 287.000 Euro auf 787.000 Euro erhöht.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 10 Eigenbetrieb Bellamar:

TOP 10.1 Eigenbetrieb bellamar
Feststellung des Jahresabschlusses 2020
Behandlung des Jahresfehlbetrages 2020
Entlastung der Werkleitung für das Wirtschaftsjahr 2020
Vorlage: 2510/2021

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende resümiert 2020 als ein Jahr geprägt von Herausforderungen durch die Corona-Pandemie. Respekt zolle er dafür den Verantwortlichen im Bad und in der bellamar-Geschäftsführung, dass dieses Ergebnis so erzielt werden konnte. Das sei nur durch eine frühzeitige Entscheidung zur Schließung des Bades und der Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes für die Beschäftigten möglich gewesen. So wurde das Defizit klein gehalten. Er richtet seinen Dank auch noch einmal an alle bellamar-Beschäftigten.

Ohne weitere Aussprache einstimmig beschlossen.

Beschluss:

A. Der Jahresabschluss 2020 wird wie folgt festgestellt:

1. Bilanzsumme	16.197.352,77 €
1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen	15.473.279,34 €
- das Umlaufvermögen	723.323,45 €
1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital	5.978.822,33 €
- die Rückstellungen	63.882,00 €
- die Verbindlichkeiten	10.154.648,44 €
2. Jahresfehlbetrag	-239.696,52 €

B. Behandlung des Jahresfehlbetrages 2020:

Die Werkleitung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 239.696,52 Euro vollständig aus dem Haushalt der Gemeinde auszugleichen.

C. Entlastung der Werkleitung

Gemäß § 5 Abs. 3 des Eigenbetriebsgesetzes wird der Werkleitung für das Wirtschaftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 10.2 Vergabe Jahresabschlussprüfung 2021
Vorlage: 2511/2021**

Sitzungsverlauf:

Nach kurzen Erläuterungen durch den Vorsitzenden ohne weitere Aussprache einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Die Jahresabschlussprüfung 2021 wird an die Firma Falk & Co KG vergeben.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 11 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 2518/2021**

Sitzungsverlauf:

Laut Vorsitzendem gehe es bei den Spenden dieses Mal um gewaltige Summen, da die Stadt Schwetzingen die Fluthilfe-Spenden für Sinzig koordiniert. Er kündigt an, dass er demnächst auch gemeinsam mit Kämmerin Nagel nach Sinzig zu den dortigen Kollegen reisen werde, um sich vor Ort ein Bild der Situation zu machen.

Ohne weitere Aussprache einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Stadträtin Erny fragt an, was derzeit am Moll Gelände in der Hockenheimer Landstraße für eine Baugrube ausgehoben werde.

Der Vorsitzende gibt an, dass es sich hier um die bereits genehmigte Erweiterung des dortigen Fachmarktzentrums handele.

